

NEWSLETTER

Dr. Silke Launert



Sehr geehrte Damen und Herren,

wieder einmal liegt eine spannende Parlamentswoche mit intensiven Debatten hinter uns. Die bestimmenden Themen waren auch in dieser Woche die Ukraine-Krise und die Corona-Impfpflicht. Gerne möchte ich Ihnen und Euch im Folgenden einen kurzen Überblick über diese Themen geben sowie meine persönliche Meinung hierzu äußern.

Viel Spaß beim Lesen! *Silke Launert*

NEWSLETTER 08. APRIL 2022

Corona-Impfpflicht im Bundestag gescheitert



Nach einer hitzigen Debatte ist die Einführung einer Corona-Impfpflicht am Donnerstag gescheitert. Der Gruppenantrag, der sich für eine Impfpflicht ab 60 Jahren sowie eine Impfberatungspflicht für Personen im Alter zwischen 18 und 60 Jahren ausspricht, ist im Deutschen Bundestag durchgefallen. Leider fand auch der Antrag der Union, der keine Impfpflicht, sondern einen gestaffelten Impfmechanismus vorsieht, keine Mehrheit. Ebenfalls abgelehnt wurden der Gruppenantrag rund um den Abgeordneten Wolfgang Kubicki sowie der Antrag der AfD, die sich gegen eine Impfpflicht aussprachen.

Wie ich auch in der am Donnerstagabend stattfindenden Fernsehsendung „Viertel nach Acht“ des Senders BILD TV ausgeführt habe, bin ich wirklich unfassbar enttäuscht, dass die Ampel bei derart wichtigen Entscheidungen selbst nur parteitaktisch agiert, keine eigene Lösung zustande bringt und der Union dann auch

zu entsprechen, welche derzeit die Einführung einer Impfpflicht schlichtweg nicht ermöglichen.

Fakt ist: Der Deutsche Bundestag muss die verfassungsrechtlichen Vorgaben einhalten. Und das heißt für uns von der Union, dass wir einer Impfpflicht – ob allgemein ab 18 Jahren oder ab 60 Jahren – in der aktuellen Situation nicht zustimmen können, da die Einführung einer Impfpflicht unserer Ansicht nach gegen den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit verstoßen würde. Denn Omikron hat die Lage verändert. Eine Überlastung des Gesundheitssystems besteht aktuell nicht. Zudem käme eine Impfpflicht zur Bekämpfung der Omikron-Variante ohnehin zu spät. Hinzu kommt, dass die Einführung einer Impfpflicht auch deshalb unverhältnismäßig wäre, da eine Maskenpflicht, welche von der Ampel gerade erst weitestgehend abgeschafft wurde, ein milderer Mittel darstellen würde. Ferner wissen wir noch nicht, auf welche Art und Weise das

Virus weiter mutieren wird und ob, beziehungsweise inwieweit, die uns zur Verfügung stehenden Impfstoffe schützen. Unser Vorschlag sieht daher einen gestaffelten Impfmechanismus vor, der durch den Bundestag erst aktiviert werden muss – wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorliegen, also wenn sich die Situation in den Kliniken wieder zuspitzt, wenn eine gefährliche Mutation vorliegt und wenn wir einen Impfstoff haben, der auch gegen die neue Mutation schützt. Zudem fordern wir in unserem Antrag die Einrichtung eines Impfreisters, ohne das eine Impfpflicht ins Leere laufen würde. Mit unserem Antrag haben wir, entgegen der respektlosen Äußerungen aus der Ampel-Koalition, ganz klar gezeigt: Wir stehen zu unserer Verantwortung!



Union fordert Masterplan für eine bessere Unterstützung von Schutzsuchenden aus der Ukraine



Die Situation in der Ukraine ist dramatisch: Millionen Menschen fliehen vor Tod und Zerstörung und bangen um ihre in der Ukraine verbliebenen Angehörigen. Mittlerweile sind bereits mehrere hunderttausende Schutzsuchende auch nach Deutschland eingereist. Und was tut die Bundesinnenministerin? Sie wartet lieber ab, anstatt zu handeln! Schlafmodus statt Tatendrang! Die Bundesregierung, allen voran die Bundesinnenministerin Nancy Faeser, ist mit der aktuellen Situation überfordert. Kein Plan, keine flächendeckende Registrierung der Schutzsuchenden und kein wirksames Schutzkonzept für geflüchtete Frauen und Mädchen – das zeichnet das aktuelle Vorgehen der Bundesinnenministerin aus! Wie es anders, nämlich gut, laufen kann, zeigt etwa unser Nachbarland Polen. Die Ankommenden werden registriert und mit einer Identifikationsnummer ausgestattet und erhalten

schnell die notwendigen Hilfen – ein klarer Gegenpol zu dem Missmanagement der Bundesregierung! Die Situation in Deutschland muss sich ändern! Wir brauchen eine klare Steuerung und Organisation! Wir von der Union haben daher in dieser Woche einen Masterplan vorgelegt, in welchem wir die Bundesregierung unter anderem dazu auffordern, schnellstmöglich grenznahe digitale Registrierungen durchzuführen, einen Krisen- und Koordinierungsstab direkt im Bundeskanzleramt einzurichten, einen nationalen Flüchtlingsgipfel abzuhalten und die geflohenen Frauen, Kinder und Jugendlichen vor Kriminellen, die ihre Lage ausnutzen, zu schützen. Hierfür müssen auch die Anbieter von Unterkünften registriert werden. Klar ist ebenso: Es braucht eine pragmatische und schnelle Unterstützung der Länder und Kommunen!